

Gehorsam bis zum Hindukusch?

Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung von Angriffskriegen. Trotzdem wird ein Bundeswehrsoldat, der sich weigert mitzumachen, degradiert¹

Jürgen Rose*

Abstract: The German constitution categorically interdicts any war of aggression. Accordingly, German military law strictly prohibits to take part in any action linked to such kind of wars. Moreover, it commits each member of the armed forces to deny any order that would imply a legal offence. During last year's war of aggression against Iraq Germany provided indirect support for the Anglo-American coalition. For that reason a German staff officer explicitly declared not to obey any orders that would involve his support for that war. Subsequently, he was prosecuted before a military court and sentenced to demotion. The case illustrates how fishy, unreasonable government manoeuvres are exposing soldiers to qualms of conscience.

Keywords: International Law, German Constitutional Law, German Military Law, Insubordination, War of Aggression, Innere Führung, Freedom of Conscience

Die oftmals menschenverachtende und mörderische Realität militärischer Gewaltanwendung mag den Verdacht erwecken, bei dem Terminus »Soldat« handle es sich um ein Akronym, das ausbuchstabiert bedeutet: »Soll ohne langes Denken alles tun.« Zumindest die Gesetzeslage steht solcher Vermutung entgegen, bestimmte doch bereits das Militärstrafgesetzbuch der deutschen Wehrmacht im Paragraph 47: »Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich. Es trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers: erstens, wenn er den ihm erteilten Befehl überschritten hat, oder zweitens, wenn ihm bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen bezweckte.« Konkret umgesetzt fand sich dieses Gesetz in den »10 Gebote[n] für die Kriegführung des deutschen Soldaten«, eingedruckt in seinem Soldbuch, das jeder ständig mitzuführen hatte. Die Wehrmachtsangehörigen mussten demnach wissen, dass ihre Gehorsamspflicht Grenzen hatte. Und dennoch führten sie, dem »größten Feldherrn aller Zeiten« in Kadavergehorsam ergeben, den barbarischsten Raub- und Mordkrieg der jüngeren Geschichte. Nur sehr wenige wagten es, ihrem Gewissen folgend und dabei ihr Leben riskierend, sich den verbrecherischen Befehlen zu widersetzen. Manche entzogen sich dem kriegesischen Morden, indem sie desertierten. Andere retteten in aller Stille Menschenleben, indem sie Befehlen zuwiderhandelten. Und wieder andere leisteten offenen Widerstand, indem sie versuchten,

den Tyrannen aus dem Weg zu räumen. Denen, die Recht und Gewissen folgten und dabei Ungehorsam übten, widmet die Bundeswehr heute ehrendes Angedenken. Darüber hinaus wird ihnen, die sich durch eine herausragende Tat für Recht und Freiheit verdient gemacht haben, ein zentraler Stellenwert im Traditionsverständnis eingeräumt. Das heißt, sie besitzen heute Vorbildcharakter für jeden Soldaten und jede Soldatin der Bundeswehr.

Denn auch diese bewegen sich im Spannungsfeld von Gehorsamsverpflichtung, Rechtstreue und Gewissensfreiheit. So ist der Bundeswehrsoldat einerseits nach Paragraph 11 des Soldatengesetzes zum Gehorsam verpflichtet. Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung oder leichtfertiges Nichtbefolgen von rechtmäßig und verbindlich erteilten Befehlen zieht die Bestrafung nach dem Wehrstrafgesetz nach sich. Andererseits aber gilt – ganz wie zu Wehrmachtszeiten –, dass ein Befehl nicht befolgt werden darf, wenn dadurch eine Straftat begangen würde.

Diese für die deutschen Streitkräfte geltenden nationalen Rechtsnormen erfuhren ihre Bestätigung auch auf internationaler Ebene, nämlich 1994 im Verlaufe des KSZE-Gipfeltreffens in Budapest. Dort wurde der sogenannte »Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit« unterzeichnet. In den beiden einschlägigen Paragraphen 30 und 31 wird die Rechtsbindung bei Befehlsausübung und -erfüllung sowie die unaufhebbare persönliche Verantwortlichkeit jedes Soldaten definiert. Für den Bundeswehrsoldaten folgt demnach sowohl aus der nationalen als auch aus der internationalen Rechtslage, dass seine Gehorsamspflicht durch das Wehrrecht, Verfassungsrecht und Völkerrecht begrenzt wird. Gerade deswegen kann sich kein Soldat mit dem Verweis auf empfangene Befehle aus der persönlichen Verantwortung für sein Handeln stellen. In seinem Generalinspektorsbrief 1/1994 merkte General Naumann diesbezüglich an: »In unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Ethik stehen dem Gehorsamsanspruch des Dienstherrn das Recht und die Pflicht zur Gehorsamsverweigerung gegenüber, wo eben diese Rechtsstaat-

* Dipl. Päd. Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr, München.

1 Darüber, dass es sich beim jüngsten Krieg der USA gegen den Irak um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen handelte, herrscht im Kreise ernsthafte Völkerrechtler keinerlei Dissens; vgl. hierzu pars pro toto: *Ambos, Kai/Arnold, Jörg (Hrsg.): Der Irak-Krieg und das Völkerrecht*, Berlin 2004 sowie *Lutz, Dieter S./Gießmann, Hans J. (Hrsg.): Die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren. Politische und rechtliche Einwände gegen eine Rückkehr des Faustrechts in die internationalen Beziehungen*, (Reihe Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 156), Baden-Baden 2003. Im übrigen haben auch die erstinstanzlich urteilenden Richter am Truppendienstgericht das Vorliegen eines Angriffskrieges konzediert, indes dem Soldaten das Recht zur Gehorsamsverweigerung abgesprochen, da sie dessen persönliche Beteiligung als nicht stichhaltig erwiesen sahen.

lichkeit und Sittlichkeit mit dem militärischen Auftrag nicht mehr in Einklang stehen, der Soldat damit außerhalb der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung gestellt würde.«

Diese im Hinblick auf den klassischen Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung eher abstrakten Überlegungen gewannen nach dem Ende des Kalten Krieges mit der Neudefinition und Erweiterung des Verteidigungsauftrages bis in so entfernte Weltregionen wie den Hindukusch eine zunächst nicht erahnte Brisanz. Plötzlich weigerten sich nämlich einzelne Bundeswehrsoldaten, Befehlen, die sie für unvereinbar mit Grundgesetz- und Völkerrechtsnormen hielten, zu gehorchen. Dies geschah erstmals 1999 während des Luftkrieges gegen Jugoslawien, als Luftwaffenpiloten es ablehnten, an den Angriffshandlungen teilzunehmen. Und im Jahr 2003 gab Florian Pfaff, Major im Streitkräfteamt der Bundeswehr, zu Protokoll, er werde keinesfalls an der von der Bundesregierung ausdrücklich genehmigten Unterstützung des Präventivkrieges der USA gegen den Irak mitwirken. Die Gründe für die Gehorsamsverweigerung schienen klar und eindeutig:

- Völkerrechtlich betrachtet wurden beide Kriege ohne Mandat des einzig hierfür autorisierten Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geführt. Sie waren auch nicht durch das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 der UNO-Charta gedeckt. In beiden Fällen wurde somit gegen das in der UNO-Charta verankerte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen verstoßen. Und beide kriegerische Interventionen fielen unter die Aggressionsdefinition der UN-Generalversammlung aus dem Jahre 1974.
- Unter verfassungsrechtlichen Aspekten war zu berücksichtigen, dass gemäß Art. 25 GG die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes Bestandteil des Bundesrechtes sind. Daran sind alle Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, also auch Bundesregierung und Angehörige der Streitkräfte, unmittelbar gebunden. Darüber hinaus verstoßen alle Maßnahmen, die geeignet sind und mit der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere aber einen Angriffskrieg vorzubereiten, gegen den Art. 26 des Grundgesetzes. Ein derartiges Verbrechen kann nach Paragraph 80 des Strafgesetzbuches mit bis zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe geahndet werden. Gleichfalls Freiheitsstrafe sieht der Paragraph 80a des Strafgesetzbuches bereits für das Aufstacheln zum Angriffskrieg vor.

Der auf den ersten Blick so eindeutige Sachverhalt entpuppt sich aus Sicht der Juristen jedoch als reichlich kompliziert. Der für die Strafverfolgung nämlich zuständige Generalbundesanwalt lehnte die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Bundesregierung jeweils mangels eines hinreichend begründeten Anfangsverdachts ab. Ohne die mitunter rabulistische juristische Argumentationsführung an dieser Stelle detailliert darstellen zu können, läuft die Begründung im Kern darauf hinaus, dass zwar durchaus ein Verfassungsbruch nach Art. 26 GG vorliegen könne, dieser gleichwohl aber nicht vom einschlägigen Tatbestand des Strafgesetzbuches erfasst sei. Das heißt letztlich, dass der Grundgesetzauftrag des Art. 26 bislang völlig unzureichend

umgesetzt wurde. Denn aus dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte des Paragraphen 80 StGB ergibt sich, dass ausschließlich die *Vorbereitung*, nicht aber das *Führen* eines Angriffskrieges sowie die *Beihilfe* dazu unter Strafe stehen. Bemerkenswert ist insbesondere der Hinweis des Generalbundesanwaltes auf den Sonderausschuss zur Strafrechtsreform, der 1968 die Strafvorschriften der Paragraphen 80 und 80a StGB erarbeitete. Vor dem politischen Hintergrund damals musste sichergestellt sein, dass »eine Anklage gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wegen des Vietnamkrieges vor einem deutschen Gericht wegen ‚Friedensverrates‘ ausgeschlossen sein müsse«.

In Anbetracht dieser – gelinde ausgedrückt – unbefriedigenden Rechtslage gingen die Gehorsamsverweigerer natürlich ein hohes persönliches Risiko ein. Im Falle der Piloten kam es zu einer stillschweigenden Einigung mit den Betroffenen – hauptsächlich wohl deshalb, weil der Bundesregierung an einem medienwirksamen Prozess durch alle Instanzen bis möglicherweise vor das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof nicht gelegen sein konnte. Im aktuellen Fall der Gehorsamsverweigerung im Zusammenhang mit den deutschen Unterstützungsleistungen während des Irakkrieges wurde der betroffene Offizier vom Major zum Hauptmann degradiert. Bemerkenswert ist allerdings, dass das zuständige Truppendienstgericht von einer Entfernung aus dem Dienstverhältnis absah, weil es dem Soldaten Pfaff ehrenhafte Motive für sein Handeln zugute hielt. Der Fall liegt momentan zur Revision beim Bundesverwaltungsgericht – auf dessen Urteil darf man gespannt sein. Wie auch immer dieses lauten wird, grundsätzlich zu monieren bleibt eine (Un-)Sicherheitspolitik, die sich bewusst in völker- und verfassungsrechtliche Grauzonen begibt und durch derart unverantwortliches Regierungshandeln immer wieder Angehörige der Bundeswehr überhaupt erst in Gewissensnöte bringt.

Ein ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, General Peter von Kirchbach, sah die Verhältnisse im Jahre 1992 noch rosiger, als er erklärte: »Die Spannung zwischen Freiheit und Gehorsam besteht in der Bindung an Befehle einerseits, in der Bindung an ein Wertesystem andererseits. Die Spannung besteht in der Bindung und Treuepflicht an den Staat einerseits und dem Wissen, dass staatliches Handeln immer nur das Vorletzte sein kann und dass das an ein höheres Wertesystem gebundene Gewissen eine entscheidende Berufungsinstanz sein muss. Sicher wird der Staat seinen Bürgern normalerweise nicht zumuten, gegen den Rat ihres Gewissens zu handeln. Der Staat der Demokratie wird sich im Gegenteil auf die Werte berufen, in denen das Gewissen gründet. Im Wissen um diese Spannung aber und im Wissen, nicht jedem Anspruch zur Verfügung zu stehen, besteht letztlich der Unterschied zwischen Soldat und Landsknecht.« In Zeiten des »Global War on Terror« erscheinen angesichts von Präventivkrieg, Massenvernichtungswaffenlügen, Völkerrechtsverbrechen, Folterexzessen, Aushöhlung fundamentaler Menschen- und Bürgerrechte solche Einsichten zunehmend überholt. Was inzwischen zählt, das ist die Macht des Stärkeren anstelle von Recht und Moral.